

Jüdische
Kulturwochen:
Rückblick



Interview:
Gideon Meir:
Aktuelle
Friedens-
pläne Israels



Interview:
Prof. Michael
Wolffsohn:
Kritik an der
Politik Israels



JÜDISCHE GEMEINDEZEITUNG FRANKFURT

1,50 € • Amtliches Organ der Jüdischen Gemeinde Frankfurt/Main • 1977 • Jahrgang Nr.2

תשס"ב - 5762

JUDEN sollen unter uns
sicher wohnen



Solidaritätskundgebung des Zentralrats für Israel auf dem Paulsplatz

Gegen Terror Für Frieden



Kämpferisch, traurig und besorgt hörten die Teilnehmer der Solidaritätskundgebung, die aus allen Teilen der Bundesrepublik nach Frankfurt angereist waren, den Rednern und dem Kaddisch-Gebet zu.

Nur ein friedliches Mit- und Nebeneinander beider Völker in zwei Staaten, mit sicheren Grenzen und eingebunden in einen regionalen Frieden, betonte Otto Schily, wird die politische Lösung bringen können. Im Hintergrund v.l.nr.: Laurenz Meyer, Dr. Michel Friedman, Paul Spiegel, Petra Roth, Charlotte Knobloch, Nathan Kalmanowicz

Paul Spiegel betonte das Recht des palästinensischen Volkes auf einen eigenen Staat.



Michel Friedman eröffnete die Kundgebung mit den Worten, dass sie sich an alle diejenigen richte, die den Terror verurteilen und den Dialog im Nahen Osten erhoffen.

Botschafter Schimon Stein verurteilte den palästinensischen Terror und rief zu mehr Solidarität mit Israel auf.

Am 10. April 2002 rief der Zentralrat der Juden in Deutschland zu einer Solidaritätskundgebung für Israel auf. An die 2.500 Teilnehmer aus allen jüdischen Gemeinden im Bundesgebiet kamen nach Frankfurt, um Israel ihre Solidarität zum Ausdruck zu bringen. Der Zentralrat hat die Veranstaltung organisiert und Frankfurt als zentralen Ort für die Kundgebung ausgewählt.

Dr. Michel Friedman, Stellvertretender Vorsitzender des Zentralrates der Juden in Deutschland und Vorstandsmitglied unserer Gemeinde, eröffnete die Kundgebung mit den Worten: Sie richten sich an alle, die den Terror verurteilen und einen Dialog im Nahen Osten erhoffen. Gleichzeitig aber gehe es auch darum, sich dem versteckten Antisemitismus, entgegenzustellen, denn, so Friedman, der Nahost-Konflikt werde derzeit auf die Religion zurückgeführt.

Auch Paul Spiegel, Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, betonte das Recht des palästinensischen Volkes auf einen eigenen Staat. Scharf verurteilte er die Selbstmordattentate der Palästinenser und auch die einseitigen Reaktionen auf die Attentate in

den Medien. Die Bedrohung hier, so Paul Spiegel, sei theoretisch, die Bedrohung in Israel dagegen alltäglich und dauere inzwischen Jahrzehnte. Spiegel stellte die Frage, ob ein gewaltloser Widerstand der Palästinenser nicht wirkungsvoller gewesen wäre als der permanente Terror.

Der israelische Botschafter Schimon Stein beschrieb die Auswirkungen des Terrors in Israel und bedauerte, dass Demonstrationen gegen den Terror in Europa so lange ausgeblieben seien. Seine Kritik richtete sich gegen Yassir Arafat, der, so Schimon Stein, für die Terroranschläge verantwortlich sei.

Bundesinnenminister Otto Schily drückte seine Sorge über die Situation im Nahen Osten aus. Die politische Haltung der Bundesregierung und der EU, so Schily, sei eindeutig. Die Bundesrepublik sei sich der besonderen Verantwortung für die Sicherheit Israels bewusst und werde in der EU immer ein zuverlässiger Vertreter der israelischen Interessen bleiben. Langfristig, so Otto Schily, könne es nur eine politische Lösung des Konflikts geben. Nur ein friedliches Mit- und Nebeneinander beider Völker in zwei Staaten, mit sicheren Grenzen und eingebunden in einen regio-

naln Frieden, so Schily, werde die politische Lösung bringen.

Auch der Generalsekretär der CDU, Laurenz Meyer, machte Yassir Arafat für die Terroranschläge verantwortlich und betonte, dass hierzulande diejenigen unverantwortlich redeten, die das israelische Vorgehen mit einem Genozid gleichsetzen. Auf deutschem Boden, so Laurenz Meyer, dürfe der Nahost-Konflikt nicht ausgetragen werden. Damit es keine Gewalt gegen die jüdische Bevölkerung in der Bundesrepublik gibt, müssten alle vorhandenen staatlichen Mittel eingesetzt werden.

Zum Abschluss der Kundgebung sprach Schlomo Raskin, Kultusangestellter des Jüdischen Altenzentrums, das Kaddisch-Gebet für alle bei der zweiten Intifada umgekommenen Opfer.

Auch etwa vierzig Palästinenser hatten sich auf dem Paulsplatz versammelt, um für Yassir Arafat und einen palästinensischen Staat zu demonstrieren. Zu einer Konfrontation mit den jüdischen Teilnehmern kam es nicht, da die Po-

lizei beide Gruppen voneinander abschirmte.

Genau einen Monat später, am 10. Mai 2002, haben die christlichen Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland zu einer Kundgebung unter dem Motto „Israel, du bist nicht allein“ aufgerufen. An die 1.200 Menschen aus dem gesamten Bundesgebiet versammelten sich auf dem Römerberg, um ihre Solidarität mit dem Staat Israel zum Ausdruck zu bringen. Alle Redner betonten die besondere Verantwortung der Christen in Deutschland gegenüber dem Staat Israel und drückten ihre Sorge aus, dass Antisemitismus wieder salonfähig wird.

Auch in anderen Städten, wie Hannover, Berlin, Bremen und zuletzt in Brüssel haben Solidaritätskundgebungen für Israel stattgefunden.

Eine ganzseitige Anzeige der Initiative „Besorgter Bürger“ in der FAZ vom 22. Mai 2002, die den Stimmenfang der FDP am rechten Rand anprangerte, hat bundesweit für Aufsehen gesorgt.

„Langfristig kann es nur eine politische Lösung des Konflikts geben.“